

Bürger sollen entscheiden

Rats- und Bürgerbegehren zum Abriss in Obermichelbach

OBERMICHELBACH (jgo) – In der Auseinandersetzung um den Abriss der Burgstallstraße 6 wird es auch ein Ratsbegehren geben. Das beschloss der Gemeinderat in seiner jüngsten Sitzung mit den Stimmen der CSU.

Der Termin für die Abstimmung steht schon fest: Am 18. Februar 2007 können die Obermichelbacher zwischen Rats- und Bürgerbegehren entscheiden. Das Ratsbegehren trägt den Titel „Für mehr Sicherheit“. Im Gegensatz zum Bürgerbegehren „Burgstallstraße 6“ (die FN berichteten) unterstützt es den kompletten Abriss aller Gebäude auf dem Grundstück. An ihrer Stelle sollen ein Geh- und Radweg sowie eine Grün- und Freizeitanlage entstehen.

Da theoretisch die Möglichkeit besteht, dass beide Begehren jeweils für sich eine Mehrheit erhalten, wird sich auf dem Stimmzettel eine Stichfrage finden. Der Wähler muss ankreuzen, welcher Variante er in diesem Fall den Vorzug geben würde.

Sollten die zahlreichen Zuhörer der jüngsten Sitzung einen neuerlichen Schlagabtausch zwischen Abriss-Gegnern und Befürwortern erwartet haben, wurden sie enttäuscht: Eine Auseinandersetzung entzündete sich lediglich an der Frage, ob nicht einige Räte von der Beschlussfassung über das Ratsbegehren als gesetzliche Vertreter des Bürgerbegehrens und damit als persönlich Beteiligte ausgeschlossen werden sollten. „Damit würden unsere Rechte als Gemeinderäte verletzt“, protestierte Grünen-Rätin Ingrid Wendler-Aufrecht.

Beigelegt wurde dieser Zwist letztlich nach einem Auftritt von CSU-Fraktionsvorsitzendem Dietrich Beer. „Streng genommen wären ja auch die Initiatoren des Ratsbegehrens alle persönlich beteiligt – wer dürfte denn heute hier überhaupt noch abstimmen?“, fragte er und hatte damit die Lacher auf seiner Seite. So durften die Vertreter des Bürgerbegehrens mit abstimmen. Auf die Mehrheitsverhältnisse hatte das allerdings keine Auswirkungen: Erneut setzte sich die absolute Mehrheit der CSU gegen die anderen Fraktionen durch.